

Die Halle vierwöchentlich bei jedem...
2,50 M., durch die Post...
Bestellungen werden von allen...
Am amtlichen Zeitungs-Vergleichnis...
Für unentgelt eingehende...
Berufspräsident der Redaktion Nr. 1140;
der Anzeigen-Redaktion Nr. 170; des
Kommunikations-Bureau Nr. 1133.

Saale-Zeitung.

Sachsendruckerei Jahrgang.

werden die 6er-Polische Kolonial...
oder deren Raum mit 30 Pfg.,...
aus Halle mit 20 Pfg. bezogen und...
Anzeigen-Preisen...
Bestellen die Seite 75 Nr. für Halle,
auswärts 1 M.

Nr. 48.

Halle a. S., Dienstag, den 30. Januar.

1912.

Don Quijote als Regent.)

Spanien ist im Begriff, in Marokko neue Kolonial-
gebiete zu erringen. Es ist seine alte Bekanntschaft...
hals Sidamerica, das ein paar Jahrhunderte lang seine...
Reichthümer dienstfertig nach dem Mutterlande verfrachtete...
hat sich emanzipiert, und Amerika hat ihm vor fünfzehn...
Jahren die letzten Schätze weggerissen — jetzt erobert sich das...
Land unter ein gleichem Schutze ein Stück nach seinem...
Wort dursender Wüste. Und das Plänen der Patrioten...
geht dahin, Geld, Menschenleben, Arbeit in Massen zu opfern...
um jenseits der Mittelmeer-Enge eine dürftige spa-
nische Siedelung zu errichten, ein freies und unbe-
hindertes Absatzfeld für die eigene Jugend — eine...
Gulstille des Volkes unter eigener Regie.

Don Quijote, der spanische „Konjervative“, der diese...
Politik des Fortschritts zum nationalen Tod predigt, weiß...
genau, auf welchen Grundlagen er nach Innen und...
außen kolonisieren will. Die Küstenfriche im Norden und...
Süden des Landes nähren müßsam Spaniens hinterlebenden...
Organismus — das ganze Innenland vermodert und ver-
einlamt. Wer jemals bei Tag und Abend einen Küstenturm...
der Halbinsel nach Madrid gereist ist, hat durch ein paar...
Blide aus dem Fenster gesehen, daß für Spanien nur ein...
Kolonisationsgebiet existieren darf: Spanien! Sand-
und Seehäfen fliegen an den Wälden vorbei, Dörfer, die...
wie grauer Raif an der Bahnstrecke kleben, und das ein-
zige Grün stammt von Kaktuskräutern, in denen verlungertes...
Schilf Unkraut raucht. So sieht es aus in Alt-Kastilien, im...
Norden Andalusiens, in Murcia. Die Regierung hat...
keine Mittel, Schulen zu unterhalten, und noch...
von den ausgehungerten Bauern, die alles verkaufen, um...
die Zwischenbefugnisse nach Argentinien aufzubringen, sind...
die meisten Anpalbhaber. Auf dem Lande verhungern die...
Bauern und in den Städten verhungern die Arbeiter. In...
Madrid, der ärmsten Stadt Europas, ist die Teuerung in...
Permanenz; erklärt. Ein Liter angeraucherter Weif kostet...
50 Centimos, und der Durchschnittspreis eines Arbeiters be-
trägt 2-3 Pesetas. Ein Volk von Bettlern macht Tag und...
Nacht die Straßen vor Wildnis und zum Panoptikum — die...
Kruppel und Krüppel sind organisiert, stehen in...
militärischer Ordnung durch die Stadt und besteuern den...
Eitel der Fremden, die ihnen mit abgewandten Gesichtern...
Kupfer vor die Nase werfen.

Die Leitartikel der konservativen Blätter erkennen alles...
Gland im inneren Lande und selbst die für eine so blutige...
Nation fast unbefehrbaren Schwierigkeiten im Eroberungs-
gebiet durdhaus an. Ihr Plan, der nach blutigem Kar-
neval klingt, geht hauptsächlich dahin, die Auswanderer-
herde auf eigenen Boden abzulenken, und so die nationalen...
Kräfte der Nation zu erhalten. Natürlich würde die Reise...
nach Mexiko billiger sein, als die nach Buenos-Aires —...
aber das ist schließlich auch das einzige, was einen der Hun-
dertaufende von Verzweifelten dahin locken könnte.

Neben den konservativen Eroberungsplanerikern besteht...
in Spanien ein Verein zur Kolonisation des Innern und eine...
Partei unter Führung des Bauernministers Gasset, deren...
politisches Programm es ist, Kanäle und Landstraßen zu...
bauen. In den letzten Sitzungen der Cortes wurden die...
Kreditforderungen dieses Ministers zum letzten Male durch...
Ostruktion niedergelassen. Das war im Mai und in-
zwischen hat die Niederlage im Rif das Budget so schwer...
belastet, daß er auf lange Zeit hinaus nicht wagen kann...
seine Vor schläge wieder anzubringen. Sie sind der Don...
Quijote-Partei ein Verger und geben dahin, durch eine große...
Anleihe — für den Anfang hätten die 27 Millionen genügt,
die der Sommerkrieg gestiftet hat — seine Kanalbauern zu...
beginnen und durch Arbeitsgelegenheit im Lande den Aus-
wandererstrom zu dämmen. Dann in den neu bewässerten...
Gebieten wieder der Auswanderung verschiedene Bauern...
anzusiedeln, auf neuen Wohlstand neue Anleihen zu nehmen...
und so langsam das Land zu regenerieren. Für Don Quijote...
ist das die Politik Sando Pansas. Die beiden haben sich...
verfeindet, und der Bauer ist niedergestürzt.

Warum aber die Politik der Verzweifelten freige-
blieb, warum Spanien, statt seine Arme aufzufüllen, das...
Recht auf Eroberungsniederlagen von Frankreich erkrachtet,
ist ein besonderes Kapitel Zeitgeschichte, und das heißt:
Schweigegeb. In diesem Sommer hat es die Entschiede-
ung gebracht, als die Angst vor dem afrikanischen Krieg...
schon halb Spanien zum Generalsturz getrieben hatte.
Und zugleich fiel damit eine andere Entscheidung: warum...
Spanien nicht Republikt werden kann.

Reichstagswahlreform.

Die diesmaligen Wahlen, bei denen die Scheidung...
zwischen rechts und links klarer als je zum Ausdruck kam...
haben das Wahlergebnis besonders stark hervorzuheben lassen.
7 1/2 Millionen Wähler haben sich gegen und nur 4 1/2 Millionen...
für den schwarzblauen Block entschieden. In der Volksver-
tretung müßten also rund 250 Abgeordnete der Linken 150

\*) Aus dem „März“.

der Rechten gegenüberstehen. Statt dessen ist der Stimmen-
unterschied zwischen beiden Gruppen nur 5; die Vertretung
der Reichtsparteien übersteigt erheblich den ihnen gebührenden
Anteil, während die Fortschrittliche Volkspartei trotz großer
Stimmenzunahme noch eine Verminderung der Mandate er-
halten hat. Unzulänglichkeiten, wie Enttäuschungen und Todesfälle,
können unter Umständen den wichtigen Entscheidungen das
Wahlverhältnis verschleppen. Der Wille der Wählerkraft
hat also, wie die „Fr. Z.“ mit Recht sagt, nicht den starken
Ausdruck gefunden, der ihm zukommt, und es liegt auf der Hand,
daß hier Mängel im System vorliegen, die eine Reform er-
heischen.

Die Ur sache ist längst bekannt. Wir haben zwar das
gleiche Wahlrecht für die Reichstagswahlen. Aber dieses
gleiche Wahlrecht wird gestiftet und unwirksam gemacht durch
eine Wahlkreiseinteilung, die längst nicht mehr
paßt und mit der geographischen Verschiedenheit aus dem
Wahlrecht einen verchiedenen Wert gegeben hat. Wohl ist
das Wahlrecht gleich innerhalb desselben Wahlkreises; aber
infolge der gewaltigen Unterschiede in der Bevölkerungs-
und Wählerzahl der Wahlkreise wird das Wahlrecht größer oder
geringer, je nachdem der Wähler es in einem mehr oder
weniger bevölkerten Wahlkreise ausübt. Die Entwicklung hat
nun dazu geführt, daß der Dien in Bezug auf das Wahlrecht
vor dem Wähler stark bevorzugt ist, und ebenso überall das
nicht industriell besetzte Land vor den Städten.

Das Reichstagswahlgesetz vom 31. März 1869 besetzt in
§ 5: „In jedem Bundesstaate wird auf durchschnittlich
100 000 Seelen derjenige Bevölkerungsquell, welche den
Wahlen zum verfassunggebenden Reichstage zugrunde gelegen
sind, ein Abgeordneter gewählt. Ein Ueberflüssig von minde-
stens 50 000 Seelen der Gesamtbevölkerung wird nollen 100 000
Seelen gleichgerechnet. In einem Bundesstaate, dessen Be-
völkerung 100 000 Seelen nicht erreicht, wird ein Abgeord-
neter gewählt. Eine Vermehrung der Zahl der Ab-
geordneten infolge der steigenden Bevölkerung wird durch das
Gesetz bestimmt.“ Diese Bestimmung
befragt ganz klar, daß entsprechend der Zunahme der Bevölle-
rung eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten und eine
entsprechende Verminderung der Wahlkreise erfolgen soll, und eine
solche gesetzliche Neuregelung in jedem Bedarfsfall ist im
Reichstagswahlgesetz ausdrücklich vorgesehen. Die hierin
stehende gesetzliche Verpflichtung aber ist bis heute nicht er-
füllt worden, und es sind dadurch mit der Zeit Zustände ein-
getreten, die an das Gröteske grenzen. Wir haben Reichs-
wahlkreise, deren Einwohnerzahl ein Vielfaches der gesetzlich
bestimmten Mindestgröße beträgt, ohne daß sie deshalb mehr
Abgeordnete stellen dürfen, und wir haben ganz kleine Wahl-
kreise mit etwa der Hälfte der Durchschnittswählerzahl, deren
Einwohnerzahl etwa ein Dreifaches des bevölkerungs-
freien beträgt, und doch werden diese je ungenauer verschie-
denen Wahlkreise gleich stark vertreten. Damit wird tatsäch-
lich ein großer Teil des Wahlfreies der einen praktisch ent-
wertet, der anderen dagegen ungenutzt geblieben.

Seit 1870 ist die Einwohnerzahl des Deutschen Reiches
von rund 40 auf rund 65 Millionen gestiegen, während die
Zahl der Wahlkreise und der Abgeordneten immer noch nur
397 beträgt! Es wird also tatsächlich nicht auf je 100 000,
sondern auf je 160 000 Seelen ein Abgeordneter gewählt.
Wollte man die Durchschnittsziffer von 100 000 wieder her-
stellen, so müßten heute bereits 650 Abgeordnete vorhanden
sein. Es müßte aber gleichzeitig auch eine ganz andere Ein-
teilung der Wahlkreise eintreten, die den Bevölkerungsver-
hältnissen Rechnung trüge. Man siehe nur in Betracht, daß
allein die Großstädte mit über 100 000 Einwohnern, die von
8 auf 48 gestiegen sind, eine Bevölkerungszunahme von rund
2 auf rund 14 Millionen erfahren haben, daß also auf sie fast
die Hälfte des gesamten Bevölkerungszuwachses entfällt, und
doch hat ihre parlamentarische Vertretung nicht um ein Lot
zugenommen, obgleich ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung
jetzt 21 gegen früher nur 5 Proz. ausmacht. Liegt darin
nicht ein unentbehrbares Unrecht, ist nicht die Folge eine
große politische Verleumdung? Tatsächlich haben die östlichen
Provinzen eine ganz unverhältnismäßige Vertretung, wäh-
rend die westlichen Provinzen und Brandenburg dagegen sehr
schlecht und Berlin am allerhöchsten ungenutzt wegmotzt. Dieses
Wahlverhältnis verhält sich nicht nur, wenn man in Betracht zieht,
daß in Brandenburg sich die Reichswahlkreise Teltow-Char-
lottenburg-Niederbarnim und Potsdam-Eurobiner befinden,
die allein weit über 1 1/2 Millionen Einwohner, aber
nur 2 Abgeordnete haben, daß also auch hier die Reiteren,
mehr ländlichen Wahlkreise gegenüber den großen außerordent-
lich bevorzugt werden. Das gleiche gilt von Rheinland und
Westfalen mit den Reichswahlkreisen Bochum, Essen, Dortmund,
Duisburg, Düsseldorf, Hestlinghausen, Köln, Eberfeld, denen
kleine wie Warburg, Lippstadt, Neuwied gegenüberstehen.

Es ergibt sich daraus, daß eine den wirklichen Verhält-
nissen längst nicht mehr Rechnung tragende Einteilung der
Wahlkreise die Gleichheit des Wahlrechts völlig illusorisch ge-
macht und damit die Mehrheit der Wählerkraft politisch in
Nachteil gebracht hat.

Deutsches Reich.

Die Regierung wehrt sich!

(Redung unseres Berliner Mitarbeiters.)

\*) Berlin, 30. Jan. (Telegr.)

Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ wehrt sich heute an offizieller
Stelle kräftig gegen die verstandenen agrarkonservativen Vor-
würfe, mit denen der Reichstangler wegen seiner röver-

lierten Haltung in der Wahlkampagne überschüttet wird.
Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ sagt:

In den Erörterungen der Presse über den Ausfall der
Wahlen finden sich mehrfach Verweise, der Regierung die
Schuld an dem Ergebnisse zuzuschreiben. Sie habe die Finanz-
reform geubelt und nichts gegen das Wankieren der bür-
gerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie getan. Als sie
eingegriffen habe, sei es zu spät gewesen.

Diese Vorwürfe sind nicht berechtigt. Die
Beschlüssen der Regierung sind dauernd, und zwar nicht
erst seit der Eröffnung der eigentlichen Wahlkampagne, dar-
auf ausgegangen, die Gegenseite unter den bürgerlichen Par-
teien auszugleichen und sie auf den gemeinsamen Boden des
staatlichen Gesamtinteresses zurückzuführen. Wenn diese Bes-
chlüssen an der Verhinderung der Parteien gehindert
sind, so trifft die Schuld jedenfalls nicht die Regierung. Hätte
sie in dem Streit um den inneren Wert der Reichsfinanz-
reform für die eine oder andere Seite Partei ergriffen, so
hätte sie ihre Verleumdung von vorheriger zur Ausschließlichkeit
verdammte. Wohl aber lag es in der Richtung ihrer Aufgabe,
die für die Reichsfinanzen günstigen Ergebnisse der Reform
mit Nachdruck darzulegen, sowie sie erkennbar waren. Daß
dies bei jeder Gelegenheit und noch bis in die letzten Tage der
Reichstagsession hinein geschehen ist, kann nicht bestritten
werden.

Der zweite Vorwurf, daß die Regierung es an Ent-
schiedenheit in ihrer Stellung zur Sozialdemokratie
habe fehlen lassen, ist nicht minder haltlos. Die Auffassung
der Regierung ist vor den Hauptwahlen wie vor den Stich-
wahlen mit völliger Klarheit zum Ausdruck gekommen. An
ihr liegt die Schuld also nicht, wenn die bürgerlichen Parteien
früher zur gegenseitigen Unterstützung gegen die Sozialdemo-
kratie nicht zusammengedrungen und die Regierung mit ihren
Beschlüssen um die Einigung des Bürgerturns allein ge-
lassen haben. Gerade in der gegenwärtigen Zeit sollten sich
Blätter, die für Stürzung der Staatsautorität eintreten,
solcher unbilligen Vorwürfe gegen die Regierung enthalten.

Amerikanische Heerzieren gegen Deutschland

Die Inhalt des Buches des Admirals Mahan, betitelt
„Naval Strategy“ (Seestrategie), es beschäftigt sich aber sehr
eingehend mit Vespelopolitik und sucht es den Amerikanern und
Engländern klar zu machen, daß sie sich gegen Deutsch-
land und Oesterreich verbünden müssen, wenn sie
nicht in den Hintergrund gedrängt werden wollen. Admiral
Mahan ist der Überzeugung, daß Deutschlands Stellung in
Europa heute eben so stark ist, als sie jenseitig die Ludwig XIV.
und Napoleons I. Englands Entanten leien nicht genügende
Korrekturen für das gehörte Gleichgewicht Europas. Von den
beiden englisch sprechenden Nationen verfolge noch jede ein-
zelne über viel größere Reichtümer als Deutschland. Aber
weder die amerikanische noch die britische Regierung seien der
deutschen Regierung in der Fähigkeit, alle Mittel des Landes
zur nollen Wirkung zu bringen, gewöhnt. Auch habe es nicht
den Anschein, als könnten die beiden englisch sprechenden
Nationen einander so wirksam in die Hände arbeiten, wie
Deutschland und Oesterreich. Die gegenwärtige soziale und
politische Entwicklung in Großbritannien aber lasse befürchten,
daß keine Seemacht zurückgekehrt werde, bis es nicht mehr in-
stabile sein werde. Deutschland auf irgendeinem politischen
Feldes Widerstand zu leisten und nur noch die engsten britischen
Interessen werde verteidigen können. Aber selbst das sei
vielleicht noch zuviel gehofft; denn es habe ganz den Anschein,
als ob das nationale Leben in Großbritannien in demselben
Maße abwinde, als es in Deutschland wachse. Admiral Ma-
han fordert England zu einer erneuerten Offensive gegen Deutschland auf, in der es von Amerika
unterstützt werden sollte, da dieses zuerst darunter leiden
würde, sollte England beiseite werden.

Kröchers Wahl amtlich bestätigt.

Nach dem amtlichen Wahlergebnis haben laut Telegramm
im Wahlkreise Saizweide-Gardeje erhalten von
Kröcher 13 465, Weidme 13 144. v. Kröcher ist also mit 321
Stimmen Mehrheit gewählt. Die Wahl v. Kröchers soll
wegen angeblich zahlreicher Unregelmäßigkeiten angefochten
werden.

Gründung eines Deutschen Wehrvereins.

Unter zahlreicher Beteiligung von Vertretern nationaler
Vereine und Organisationen, darunter auch des Deutschen
Frauenbundes, sowie von an der Jugendberichterung, der Be-
rühmtheit unseres Volkes und ähnlichen nationalen Fragen
interessierten Persönlichkeiten trat Sonntag im Warmwasser-
des Berliner Zoologischen Gartens eine Versammlung zu-
sammen, um die Gründung eines Deutschen Wehrverei-
ens zu beschließen. Generalmajor v. D. Keim leitete die
Verhandlung.

Generalleutnant v. D. Nigmann (Berlin) behandelte die
Frage, in welchen Formationen unser Heer verstärkungsbedürftig
sei. Der Redner fordert u. a. die Umwandlung dreier
Divisionen an der Ost- und Westgrenze in das 20. und
21. Armeekorps, Vermehrung der Kanallerie, des Trains, der
Pioniere und vor allem der Luftfahrzeuge. An erster Stelle
ist für die Infanterie eine Panze zu brechen, die den Kampf
entscheiden hat. Zu begünstigen ist, daß die neue Militär-
vorlage jedem Infanterieregiment eine Maschinengewehr-

Abstellung bringt. Ein Uebelstand bei der Artillerie ist die geringe Zahl der Geschütze im Friedensstande. 218 Batterien können nicht einmal ihre Geschütze voll bespannen und lassen zwei Geschütze im Schuppen stehen, wenn sie ausrücken. Wägt ist es auch, die Reiterei schon im Frieden den Divisionen zu unterstellen, nicht erst im Kriege. Die Meinung, daß die Kavallerie heute bei den Massenheeren überflüssig sei, ist eine Irrge. Geschultete Infanterie kann für die Kavallerie ein sehr günstiges Angriffsobjekt abgeben, ebenso Infanterie, die in der Fronte und im Rücken gepackt werden kann. In der Diskussion wies Professor August Pfeiffer (Berlin) darauf hin, daß wir durchaus kein armes Volk seien, da wir große Ausgaben für unnütze Zwecke machten. Höchstens könnte man bei den Ausgaben für Kültungszwecke und dem Verbandsstand hierüber von einer geistigen pauvreté sprechen.

Der Schungensentwurf wurde von bloß angenommen. Hierzu konstituierte sich der Ausschuss des neuen Wehrvereins. Zum ersten Vorsitzenden wurde gewählt Generalmajor J. D. K e i m, zum ersten Stellvertreter Reichstagsabgeordneter Geheimrat P a a s c h e, zum zweiten Stellvertreter Landtagsabgeordneter Landrat A. D. v. D e m i s h. Ferner wurden in den Ausschuss delegiert: die erste Vorsitzende des Deutschen Frauenbundes Frau v. W i d e n, Redakteur Richard F o r d y h a u s e n (Berlin), Chefredakteur R i p p e r (Berlin).

Dr. Fr. Senf sprach an letzter Stelle über „Deutsche Landw. Wirtschaft“, eine volks- und finanzwirtschaftliche Betrachtung, indem er ausrief: Wer glaubt, daß wir unseren Wohlstand unter beschränkten Bedingungen wie bisher entwickeln können, ohne an das Schwerkreuz zu müssen, mit dem können wir nicht rechnen. Wir wollen ihm nur im Vorbeigehen zurufen, daß genau von 120 Jahren der französische Nationalrat, der zuerst für den Frieden eintrat, sich später hinter Napoleon stellte und die blutigen Kriege billigte. Redner weist dann nach, daß Deutschland volkswirtschaftlich und materiell gestärkt sei, um eine stärkere Rüstung zu vertragen. Andere Armee ist nicht nur eine Versicherungsprämie für unsere Volkswirtschaft, sie ist eine Kapitulationskaue. Das Gefühl haben wir freilich in den letzten Jahren verloren, weil wir einen Frieden hatten, der mütterlich ein kauer Frieden war. Wir müssen das Gefühl in die Massen werfen, daß das deutsche Heer imstande ist, seine Kosten in allen seinen Teilen zu amortisieren. (Lebhafter Beifall.)

### Aus den Kolonien.

#### Die Freiheit der Bushmänner

im Norden unseres südafrikanischen Schutzgebietes nimmt immer mehr überhand. Nach einer Meldung aus Grootfontein wurde kürzlich dem Farmer Freeborn v. Spiegel-Arens von Bushleuten seine ganze Großviehherde, gegen 150 Stück, nachwärts abgetrieben. Durch eine energische Verfolgung gelang es, die Räuber 25 Kilometer von der Farm entfernt eingeholen und ihnen das Vieh wieder abzunehmen. Nur eine Kuh fehlte. Sie war inzwischen bereits geschlachtet worden. Die Bushleute, die mit Waffen bewaffnet waren und vom Damango hergekommen zu sein schienen, sind, wie die D.S.W.A. Zig. meldet, leider alle entkommen. Ferner wurde dem Farmer Alderman-Datruir von Bushleuten eine Kuh gestohlen. Die Räuber wurden von der Polizei weit in das Sandfeld verfolgt. Leider mußte aber die Polizei wegen Wassermangels die Verfolgung aufgeben. Einige Eingeborene, welche bei der Verfolgung halfen, drangen noch eine halbe Stunde weiter vor. Als sie hierbei auf eine Bushmannswehr trafen, wurde einer von ihnen durch einen Pfeilschuß, der die Brust durchdrang, schwer verletzt. — Es ist ja zweifellos eine ganz ungemünzte schwierige Aufgabe für die Regierung, diesem Treiben des Bushgeistes einen Riegel vorzulegen. Aber diese Aufgabe wird unter allen Umständen gelöst werden müssen, und je eher sie in Angriff genommen wird, um so leichter wird sie zu bewältigen sein. Wenn man dem Treiben der Bushmänner weiter untätig zusieht, wird ihre Freiheit so wachsen, daß es nachher doppelt schwer halten wird, sie zur Ration zu bringen.

### Kleine vermischte Nachrichten.

**Vereinigung der deutschen Privatversicherung.** Die am 24. Januar 1911 als Zentralorganisation aller großen deutschen Privatversicherungsverbände gegründete Vereinigung der deutschen Privatversicherung hält am 9. Februar in Berlin ihre erste Generalversammlung ab, auf der u. a. die Frage der Doppelversicherung der Versicherungsverträge einer eingehenden Erörterung unterzogen werden wird.

**Der Landtag des Großherzogtums Sachsen-Weimar** wurde Montag eröffnet. Unter den Regierungsvorlagen befindet sich eine Vorlage betreffend die Aufhebung der Grundsteuer, eine andere auf eine Umkehr für Straßenbauten und die Erhebung der Gehälter verschiedener Beamtenkategorien. Auch das Gesetz betreffend den Gebietsausgleich zwischen Weimar und Meiningen liegt dem Landtage vor.

### Hof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser teilte in einem Telegramm an Dr. Krupp von Bohlen und Halbach mit, daß er die Einladung zu der im August stattfindenden Jahresversammler der Firma Krupp annehme.

Der Kaiser hörte Montag vormittag im Königl. Schloß den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts, Wirklichen Geheimen Rats von Valentini und machte dem Reichskanzler Dr. v. v. Bethmann-Hollweg einen Besuch.

Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg ist, wie nunmehr bestimmt verlautet, an Stelle des Freiherrn von Stenberg zum Gouverneur von Deutsch-Ostafrika aussersien. Die Verhandlungen mit dem Herzog gehen vor dem Abschluß.

Der 57jährige Staatsminister Hofschke ist schwer erkrankt.

Der Graf von Turin beim Garde-Kürassier-Regiment. Der Bruder des Königs von Italien, der als Gost des Kaisers gegenwärtig in Berlin wohnende Prinz Viktor von Italien, Graf von Turin, mochte Montag vormittag die Uebergabe des Garde-Kürassier-Regiments an seinen neuen Kommandeur, den Grafen von Spee, bei.

Der Großherzog Friedrich des bulgarischen Thronfolgers, des Kronprinzen Boris, der am 31. Januar sein 18. Lebensjahr vollendet, hat der Kaiser, wie aus Sofia gemeldet wird, den Prinzen Friedrich Leopold mit seiner Betretung beauftragt.

## Kalle und Umgebung.

Seite a. S. 30. Januar.

### Stadtverordneten-Sitzung.

Seite. 20. Januar.

Am Vorstandsitzung die Herren Geheimrat Prof. Dr. Schmidt-Rimpfer, Kaufmann Probst und Rentier Knabe.

Eingegangen ist eine Petition der Witwen ehemaliger Kommunalbeamten, die im November v. J. beim Magistrat gebeten hatten, mit Rücksicht auf ihre geringe Pension eine Aufbesserung zu erwirken; aber ohne Angabe von Gründen abfällig beschieden waren. Sie unterbreiten nunmehr ihr Gesuch den Stadtverordneten. Die Sache geht an den Etatsausschuß. — Ein beim Vorliegenden eingegangener Antrag des Herrn St. K a l l e m e y e r, den Magistrat zu ersuchen, das Kuratorium der Gaswerke zu erneuten Ermächtigungen über den Verkauf des Gasofols nach Höchstmäß nach dem Gewicht zu veranlassen, falls auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gelegt werden.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein. 1. Zur Neupflasterung von zwei Abflüssen der G l a u c h a u e r t r a c h e sind in dem Entwurf des Stadthausbauplanes von 1912 und zwar in Kap. 13 unter E 11 und 12 der Ausgabe die Kosten von 8000 und 17000 Mark eingestellt worden. Diese Beträge würden zur Deckung der gesamten Ausgaben nicht ausreichen, sind vielmehr so niedrig nur deshalb bemessen, weil sie um die Pfasterkosten vergrößert werden sollen, die aus Anlaß der dabeistehenden vorgenommenen Kanalisation notwendig geworden und mit dieser auch bereits grundfertig, wenn auch mit dem Vorbehalte gutgeheißen sind, daß ihre Spezialbewilligung von Verlegung eines Projektes und Kostenausschlags abhängig gemacht werde. (Stadtverordnetenbeschluss vom 14. Mai 1906.)

Um diesem Vorbehalte zu genügen, überreichte der Magistrat Unterlagen, aus denen sich ergibt, daß durch den Bau des Sammelers an Pfasterkosten auf der unter Vol. 11 bezeichneten Straße zwischen Apotheke und Glauchaerstraße weitere 6000 Mark und auf der unter Vol. 12 aufgeführten Straße zwischen Lange- und Torstraße weitere 20000 Mark erforderlich werden mit dem Antrage, 6000 und 20000 Mark zur Ausführung der in Kap. 13 E 11 und 12 des Etats von 1912 vorgesehenen Neupflasterungen aus der Kanalanteile von 1906 zu bewilligen.

Die Vorlage wird angenommen. (Ref.: Höftele.) 2. Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich unterem 1. Mai vor. J. mit der

### Anlegung eines öffentlichen Platzes

auf dem zwischen Süd- und Liebenauerstraße gelegenen Hospitalacker einverstanden erklärt und zugleich die Mittel zum Ankauf des letzteren bewilligt. Nachdem jetzt die Nebeneinrichtung des Geländes an die Stadtgemeinde stattgefunden hat, steht der Anlegung des Platzes nichts entgegen. Zunächst ist es zweckmäßig, die Kanäle in den angrenzenden Straßen herzustellen, die den Platz begrenzen; die Kosten hierfür sind auf 19000 Mark veranschlagt.

Der Antrag des Magistrats wird genehmigt. (Ref. Herr St. Höftele.) 3. Wie derselbe Referent darlegt, sind für den

### Bau des Hauptammalkanals zwischen Klausbrücke und Burgbrücke

durch Gemeindefestsetzung vom 7. Mai 1910 167 000 Mark bewilligt worden und zwar 154 000 Mark für den Kanalbau und 13 000 Mark Pfasterarbeiten. Die Stadtbaubehörde hatte bereits am 3. Mai 1910 empfohlen, in den engeren Straßen, an den Stellen, wo der Kanal besonders tief liegt, die in Tunnelbau herzustellen. Vor Inangriffnahme der Arbeiten hat sie daher eine örtliche Bestätigung vorgenommen und die Trace an der Vorbrücke sowie die Tunnelstrecken bestimmt. Die Ausführung wurde infolge der unrichtigen Angabe der angrenzenden Bauherren, durch die große Tiefenlage des Kanals und durch die Aufnahmefähigkeit aller anderen Straßenteile in die Baugrube zwar sehr erschwert, sie ist indes bis jetzt gut verlaufen. Es stellt sich jedoch heraus, daß die schwierige Arbeit, deren Kosten naturgemäß genau schwer zu veranschlagen waren, zu niedrig veranschlagt ist und somit die genehmigten Geldmittel nicht ausreichen. Die Mehrkosten ergeben sich insbesonderen aus der vorgefundenen Beschaffenheit des Fußbodens, aus der Notwendigkeit, für längere Zeit außer dem Sickerwasser auch Kanalwasser pumpen zu müssen und aus dem Umstände, daß im Interesse der Sicherheit der angrenzenden Häuser viel Abstellholz in der Baugrube befestigt werden mußte. Andererseits sind auch Winderkassungen entstanden, z. B. werden durch die Tunnelstrecken Pfasterarbeiten erspart. Für letztere dürfen 6000 Mark ausreichen. Insgesamt wird, sofern nicht noch unerwartete Schwierigkeiten auftreten, eine E r h ö h u n g v o n 1 6 6 0 0 M a r k e r f o r d e r t. Der Magistrat meldet diese Mehrkosten jetzt schon an und beantragt, den mit 167 000 Mark bewilligten Betrag um 16 600 Mark, im ganzen auf 183 600 Mark aus der Kanalbauanteile zu vergrößern.

Die Veranlagung folgt den Darlegungen und akzeptiert die Vorlage debattellos.

Punkt 4 betrifft die

### Entwässerung des neuen Friedhofes an der Dessauerstraße.

Die Magistratsvorlage führt folgendes aus: Die Aufgrabungen und Bohrungen in dem Gelände des projektirten Friedhofes an der Dessauerstraße haben ergeben, daß das Grundwasser dort bis rd. 1 Meter unter Geländeoberfläche stand; in diesem aufgehendst trockenen Sommer und Herbst ist der Grundwasserstand zwar auf etwa 2 Meter Tiefe zurückgegangen, jedenfalls aber ist es notwendig, abgesehen von der Drainage auf dem Friedhof selbst, für Abfluß des Wassers Vorkehrungen zu treffen. Durch Zusammenführung des Wassers in einen Teich, an der tiefsten Stelle des Geländes, würde zweifellos ein Teil des Friedhofes genügend trocken gelegt werden. Immerhin aber bietet dies keine Gewähr für die Entwässerung des gesamten Grundstücks bis auf die nötige Tiefe von mindestens 2,5 Meter. In Uebereinstimmung mit der Baubehauptung hält der Magistrat es deshalb für notwendig, daß als Vorstufe für die Abwässerung des Friedhofes ein besonderer Kanal hergestellt wird. Der Anschluß an das Kanalnetz erfolgt am besten durch einen Kanal im Zuge des Landtrains nach dem vor wenigen Jahren fertiggestellten Kanal in der Zietenstraße.

Der neue Kanal ist so projektirt, daß er nicht nur das Friedhofsgelände entwässert, sondern daß hierdurch auch das

umliegende Gelände der Bebauung erschlossen werden kann.

Für die Ausführung ist zunächst die Strecke des Kanals von der Zietenstraße (Eisenbahnbrücke) bis zur Kreuzung der Dessauerstraße geplant, sie ist mit 300 000 Mk. veranschlagt. Die Tiefenlage des Kanals ist so gewählt, daß bei Uebereinstimmung desselben in der Dessauerstraße, am äußersten Punkte des für die Erweiterung des Friedhofes in Aussicht genommenen Geländes, noch die vorchriftsmäßige Trockenlegung auf mindestens 2,5 Meter Tiefe erfolgen kann.

Der Referent Herr St. Höftele empfiehlt die Vorlage.

Herr St. C o m m e r e r e u c h t, die Arbeiten möglichst bald in Angriff zu nehmen, um der Arbeitslosigkeit zu weichen. Dazu eignen sich jene Erdbarbeiten ganz besonders gut.

Die Vorlage wird angenommen.

5. Herr St. B u m e n t r i t t führt aus: Nach dem von der Stadtverordnetenversammlung und auch landespolizeilich genehmigten Projekt für die Neuananlage des Hof- und Hauptkanals durch das dem Domänenfiskus gehörige Klausberggelände geführt und die Kläranlage ebenfalls auf domänenfiskalischem Gelände — dem Tafelwerder — errichtet werden. Die Verhandlungen mit dem Domänenfiskus, die sich

### alle domänenfiskalischen Flächen

im Stadtgebiet und auf die Döläure Heide erstrecken, haben für den Tafelwerder und für das Klausberggelände zu einem Resultat geführt. Es war von dem Magistrat geplant, für das Klausberggelände nur die Grundgerechtigkeit zum Bau und Betrieb des Kanals von dem Fiskus zu erwerben. Diesen Plan hat er aber fallen lassen, er hält es vielmehr für richtiger, das gesamte Klausberggelände käuflich zu erwerben. Die geplante Erweiterung der Kanalisation auf der Heide ist in die gleiche Linie und steht nach der Heide hat ferner Bewilligung gegeben, mit der Domänenverwaltung wegen Ankauf der Ziegelwiege erneut zu verhandeln.

### Die Ziegelwiege

ist, abgesehen von dem Strommestereifeld und von dem an der Steinmühlendrücke liegenden Privatgrundstück, domänenfiskalisches Besitz. Die Pappelallee auf der Ziegelwiege ist ein der Stadtgemeinde gehöriger öffentlicher Weg, die übrigen Wege sind auf Grund eines Vertrages der Stadt auf ewige Zeiten für den öffentlichen Verkehr zur Benutzung überlassen worden. Der lückicht der Pappelallee gelegene Teil der Ziegelwiege ist in der Hauptsache nicht veräußert, da ein Teil bereits der Unterfertigung für Spielplätze zur Verfügung gestellt ist und viele Stellen für die Anlage von Pappelallee vergraziert werden sollen. Die Grenzen des der Unterfertigung vorbehaltenen Grundbesitzes sind mit dem Herrn Kurator vereinbart. Der Domänenfiskus hat zu der Frage der Begrenzung einwilligend Stellung noch nicht genommen, es darf jedoch Zustimmung erhofft werden. Ferner ist geplant, daß bei dem Ankauf der Ziegelwiege auch die Wege, die jetzt nur der Stadt zur Benutzung überlassen sind, ins freie Eigentum der Stadtgemeinde übergehen. Abschließend soll noch die Be- und Entwässerung der Wiege in der jetzt vorhandenen Weise genehmigt werden.

### Das Klausberggelände

zwischen der Saale, der Seebenerstraße, der Trothaerstraße und dem Trothaer Friedhof umfaßt nach dem von der Baubehauptungsvorgängerin genehmigten Kaufvertrage und das an die öffentliche Bauverwaltung gehörige Flächenstück. Die Gesamtfläche beträgt 17 213 Hektar. Gemäß dem Schreiben der Königlichen Regierung, Abteilung für Domänen und Forsten, vom 23. September 1911 hat der Herr Landwirtschaftsminister sich damit einverstanden erklärt, daß auf Grund eines Kaufpreises von 600 000 Mark für das Klausberggelände und die Ziegelwiege zusammen weiter verhandelt wird. Er hält diese Summe allerdings noch nicht für vollkommen ausreichend. Das Klausberggelände kann man mit 400 000 Mark bewerten, es bleiben somit als Kaufpreis für die Ziegelwiege immer noch 200 000 Mark. Dieser Preis ist zwar ein hoher, doch dürfte in Rücksicht auf die Einnahme aus den Eisenbahnen ein geringerer kaum jemals zu erlangen sein. Aus den früheren Verhandlungen ist zu ersehen, daß der Domänenverwaltung ist ersichtlich, daß der geforderte Kaufpreis eine feste Stetzerung erfahren hat. Der Magistrat befürchtet daher, daß er immer noch mehr steigen wird. Es muß bei Lage der Wiege jedoch verhindert werden, daß die Wiege in Privatbesitz übergeht. Die Teile der Ziegelwiege, welche die Stadtgemeinde zu erwerben beabsichtigt, haben einschließlich der vorhandenen Wege und Anlagen eine Flächengröße von ca. 11 200 Hektar.

### Der Tafelwerder

Ist im wesentlichen domänenfiskalisches Besitz, nur ein Streifen an der Saale entlang und der tote Saalearm sind noch im Besitz des Wasserbauamts. Mit letzterem sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Für den domänenfiskalischen Teil wird gemäß Schreiben der Königlichen Regierung, Abteilung für Domänen und Forsten, vom 24. August, ein Preis von 1200 Mark pro Morgen gefordert. Bei einer in der Größe selbstmessenlich noch nicht endgültig festgestellten Fläche von etwa 11 614 Hektar würde sich ein Kaufpreis von 6 480 000 Mark ergeben. Für die Herausgabe der Grundstücke aus der Macht wird der Richter der Domäne Lettin vom Domänenfiskus den vertragsmäßigen Pachtzins erhalten. Die weitergehenden Ansprüche desessen auf Entschädigung für Saaten und Bestellung hat die Stadtgemeinde ohne Beteiligung des Fiskus zu befriedigen. Auch hat die Stadtgemeinde die dem Richter der Domäne Lettin gebührende, über die Saale nach dem Tafelwerder führende Straße mit allem Zubehör käuflich zu erwerben. In Uebereinstimmung mit der Stadtbaubehauptung erlaubt der Magistrat die Stadtverordnetenversammlung, sich mit dem Ankauf des Tafelwerders zu den vorerwähnten Bedingungen (54 800 Mark) für Rechnung der Kanalanteile einzulassen zu erklären. Ferner erludt er um Zustimmung zu dem Ankauf der Ziegelwiege sowie des Klausberges und des an diesen angrenzenden domänenfiskalischen Geländes zum Gesamtpreise von 600 000 Mark a Konto des Substanzgelder-

Herr St. B u m e n t r i t t führt aus, daß die Stadt schon wiederholt Gelegenheit gehabt habe, jene Ziegelanlagen vom Fiskus zu kaufen. Die Verhandlungen wegen der Ziegelwiege haben sich stets verfruchtlos, und stets ist die Wiege im Laufe der Jahre teurer geworden. 1855 konnte die Stadt sie für 90 Wfg. pro Quadratmeter (162 000 Mk.) kaufen. 1901 kostete sie schon 1,63 Mark und jetzt werden 2,70 Mk. pro Quadratmeter verlangt. Der Fiskus rechnet bei einem Kaufpreis von 250 000 Mark eine Veräußerung heraus. Er sagt: Der Eisfluß zahlt 4750 Mark Jahrespacht, Herr Diebe 3100 Mark, das Eishaus bringt 700 Mark Miete; das sind

8650 Mark. Das würde aber immer noch eine unzureichende Vergütung sein, und sie kann die Lebensfrage nicht nehmen, daß der vom Fiskus geforderte Preis sehr hoch ist. Es ist ein lauter Spiel, in den uns der Magistrat beissen läßt, aber er kann schließlich nicht anders. Wir müssen Heren im eigenen Hause werden. Wir müßten uns jenes Terrain beschaffen, auch mit Rücksicht auf die durch die Papellasse projektierte Straßenbahn. Auch der Preis den der Fiskus für das Klausberggelände verlangt, ist sehr hoch. Das Terrain wird umgrenzt von der Saale, Lüttichs Schneidemühle, dem Friedhof und der Trothauer- und Seebenerstraße. 4 Fektar müssen als öffentlicher Platz liegen bleiben, der andere Teil kann als Baufeld benutzt werden. 90 000 Quadratmeter à 12 Mark werden wir veräußern können. Das macht 1 084 000 Mark. Für die Straßen gehen 13 000 Quadratmeter ab, was bei 200 Mark Ausbauten pro Fektar 2 600 000 Mark ergibt, die abzugsfähig sind. Es verbleiben ca. 485 000 Mark zu erwartende Einnahme. Da aber frühestens in den nächsten 15 Jahren die Bebauung einsetzt, ist noch ein Zinsverlust von 17 000 Mark in Abzug zu bringen. Die Stadt wird also nicht mehr als 351 000 Mark herauszuschlagen; der Fiskus aber verlangt 420 000 Mark. Immerhin bietet der Verkauf für die Stadt andere Vorteile und darum schlägt der Grundeigentumsausschuß den Kauf der Ziegelwiese und des Klausberggeländes für insgesamt 600 000 Mark vor. Herr Stv. Emmer hält den Preis für viel zu hoch.

Der Bürgerhaushalt wird man es nicht begrifflich machen können, daß die Stadt einen einigermaßen günstigen Kauf abschließen. Das Klausberggelände, das unter Befähigung durch die Schornsteine von der Papierfabrik und von Lüttichs Schneidemühle liegt, werden nie als Bauland terrain verwertet werden können, also auch keine 12 Mark pro Quadratmeter bringen. Es eignet sich höchstens zu Arbeiternwohnungen zu bringen und wird nicht teurer als 3 Mark pro Quadratmeter zu verwerthen sein. Keiner wünscht, daß der Magistrat erneut mit dem Fiskus auf der Grundlage von 550 000 Mark verhandelt. Und wenn der Fiskus nicht darauf eingeht, solle man die Verhandlungen scheitern lassen.

Herr Stv. Meyer war dort. Die Verhandlungen darf man nicht scheitern lassen, es werde damit der Kauf, der sich schließlich als eine Notwendigkeit erweise, nicht billiger werden; die Erfahrung habe das gelehrt. Der Preis sei ja allerdings sehr hoch, und es sei zu bedauern, daß der Fiskus nicht berücksichtigt, wie sehr auch ideale Gesichtspunkte die Stadt bei dem Ankauf solcher Liegenschaften leiten.

Herr Stv. Krause meint, die Notwendigkeit, die Ziegelwiese zu kaufen, liege nicht vor. Der Fiskus müsse die Wiese doch liegen lassen und könne sie nur so verwerthen, wie sie schon jetzt verwerthet wird. Den Ankauf der Ziegelwiese hätte er deshalb abzulehnen. Wenn zur Erhaltung des Ankaufs der Ziegelwiese auf die projektierte Straßenbahnlinie Mühlweg-Beitrag usw. verwiesen wird, so müsse man sagen, der Bau der Bahn verteuere schließlich nur den Ankauf der Heide.

Herr Stv. Herzog erklärt sich für die Magistratsvorlage, auch für den Ankauf der Ziegelwiese, für den auch hygienische Gesichtspunkte in Frage kommen. Die Ziegelwiese ist ein Hauptstich der Mülldeponie, und das ist eine Gefahr, die man nicht unterschätzen darf. Von Leipzig aus geht die Bewegung, der sich auch unsere Stadt angeschlossen hat, den Kampf gegen die Mülldeponie, die ja die Werbeträger von schweren Krankheiten sind, in großem Umfange durchzuführen. Aus solchen Erwägungen heraus hat sich die hiesige Polizei an die hiesige Regierung zu Merseburg als die Beherrin der Ziegelwiese gemeldet und Maßnahmen zur Befreiung der Mülldeponie verlangt. Die Regierung hat sich dagegen geäußert, obwohl sie sonst den Freizug gegen die Mülldeponie fördert, um erst das Oberverwaltungsgericht hat die Regierung darüber belehren müssen, daß die Polizei ein Recht hätte, die geforderten Maßnahmen zu verlangen. Es wäre aber gut, mit behüben die Ziegelwiese, dann könnten wir mit allem Nachdruck die nötigen Vorkehrungen treffen im Interesse der öffentlichen Gesundheit.

Herr Stv. Höfische meint, der Ankauf des Klausberggeländes lasse sich vom Standpunkt gesunder Bodenpolitik rechtfertigen, aber für den Ankauf der Ziegelwiese liege keine Veranlassung vor.

Herr Stv. Kallmeyer weist nach, daß die Stadtverordnetenversammlung in früheren Jahren schon wiederholt den rechten Augenblick verpaßt habe, historische Liegenschaften zu kaufen. Er erinnert an den Ankauf der Burg Giebichenstein und des Amtsgartens. Da habe man auch wiederholt den günstigen Moment verpaßt, und schließlich müßte sich ein Käufer ein, und wir müßten für den Amtsgarten und die Burg — ohne die Burg — etwa denselben Preis zahlen, für den das ganze Bistum zu haben war. Mit knapper Majorität ist der Erwerb i. Z. beschlossen. Aber wer wollte heute den Ankauf bedauern? wohl niemand, auch nicht diejenigen, die damals dagegen stimmten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Rixe mahnt gleichfalls, man möge aus der Erfahrung lernen. Hinsichtlich des Ankaufs der Ziegelwiese habe man veräußert, rechtzeitig zuzugreifen. Hinsichtlich der Burg Giebichenstein sei auch so lange geögert worden, bis ein Konflikt war. Daran hatte zu vor niemand gedacht, auch die Herren der Regierung hatten es nicht für möglich gehalten, daß einmal jemand von auswärts an diesem Besitztum so lebhaftes Interesse nehmen könnte. Und nun stieg natürlich der Kaufpreis. Der Preis, den der Fiskus für die Ziegelwiese fordert, ist übrigens kein unbilliger; er ist berechnung nach dem Nutzungswert nach der Einnahme aus der Einziehung. Für den Fiskus kommt nur der Nutzen in Frage; uns als Stadtgemeinde leiten ideale Rücksichten, ethische Ziele, aber dazu werden wir den Fiskus nicht bringen, daß er diese Aufgaben der Stadt erhebliche Bedeutung schenkt. Wir müssen selber Dopper bringen. Das geht uns so wie allen Großstädten gemein. Die großen Städte wollen ja gern zahlen, aber sie wollen sich vom Fiskus nicht gar zu arg überbieten lassen, wenn sie Aufgaben der Volkswirtschaft, Volksgesundheit usw. dienen. Wenn die Verammlung heute ablehnt, so beruhigt sich der Fiskus sofort bei dem Nein; ihm tut die Ablehnung nichts. In die Regierung in Merseburg haben wir Forderung, aber die Entscheidung fällt im Ministerium der Landwirtschaft und im Ministerium der Finanzen, und da ist das Verfahren recht langwierig, ehe die Ministerien von einer Offerte sagen, daß sie für den Kaufabschluß ausreicht. Seit fünf Jahren unterhandeln wir um 16 Besitztümern, die in unserem Inter-

esse gebietet liegen, darunter auch um die Heide. Wir haben eine großzügige Bodenpolitik eingeleitet, dabei wollen wir nicht halt machen. Hinsichtlich der Ziegelwiese und des Klausberggeländes liegen jetzt greifbare Ergebnisse der Verhandlungen vor; das Erreichte wollen wir nicht zunichte machen, sondern wollen den Kauf abschließen. Es sind in den Ausschüssen in geheimer Sitzung noch eine Reihe Gesichtspunkte für den Erwerb geltend gemacht, und das fällt doch ins Gewicht, daß diese Ausschüsse ein stimmig den Kauf beschlossen haben. Was Herr Stv. Herzog hinsichtlich des Streites sagte, der wegen der Anordnungen zur Befähigung der Mülldeponie anbot, ist richtig; die Polizei mußte erst im Klagewege durchgehen, daß die königliche Regierung als Beherrin der Ziegelwiese die notwendigen Maßnahmen zur Ausrottung der Mülldeponie anerkannte.

Herr Stv. Herzog richtet an den Magistrat das Ersuchen, darauf hinzuwirken, daß dem Fiskus aus Rücksichten der öffentlichen Gesundheit der Verkauf des Naturerbes von der Ziegelwiese unterlagert wird. Im übrigen meint er, die Stadt könne, wenn sie Beherrin der Ziegelwiese gemorden ist, dort eine Art Altkolonie anlegen, wo im Sommer geodet und im Winter dem Eisport gehuldet wird. Die Verpachtung des Eises an einen privaten Klub werde sich der Stadt wohl verbieten.

Herr Stv. Steinbrück bemerkt, es wäre richtiger gewesen, den Ankauf der Heide zusammen mit dem Erwerb der Ziegelwiese zu verhandeln. Beide Sachen hängen mit einander insofern zusammen, als die Straßenbahn an der Ziegelwiese entlang zur Heide eine Verfertigung für die Heide erzeugt, so daß der Fiskus, wenn jene Bahnanbindung erst besteht, wohl einen höheren Preis für die Heide fordern wird.

Herr Oberbürgermeister Rixe hält diese Befürchtung für unbegründet. Er gibt des näheren Mitteilungen über die Geschichte der Verkaufsverhandlungen, die seit fünf Jahren betreffs der Heide im Gange sind. Wir kommen darauf im Abendblatt zurück.

### Der Ankauf wird schließlich noch dem Magistratsantrage zu 600 000 Mark beschlossen.

6. Zwecks Erbauung der Kläranlage auf dem Tafelwerder hat der Magistrat unterm 8. v. M. der Verammlung den Antrag auf Ankauf des der Domänenverwaltung gehörigen Grundstücks unterbreitet. Außer dem domänenfiskalischen Teil des Tafelwerders müssen, wie auch in der vorstehenden Vorlage angegeben, noch zwei dem Ausbaubereichs gehörige Grundstücke erworben werden. Es sind dies zwei Flächen von 0,4925 und 0,8025 Fektar Größe. Der Kaufpreis beträgt 3000 Mark pro Fektar. Die Verammlung genehmigt den Ankauf. (Ref.: Herren Stv. Blumentritt und Colberg.)

Für die Kläranlage wird schließlich noch eine kleine Fläche gekauft, welche Herrn Generalleutnant v. Bagenstift gehört. Diese Parzelle muß im Wege der Enteignung erworben werden; das Verfahren ist bereits eingeleitet.

7. Der Magistrat beantragt, auszuftimmen, daß das dem Hospital St. Cyriaci et Antonii gehörige, in der Nähe der Heilenauestraße gelegene Grundstück in Größe von 5676 qm an die Stadtgemeinde — Bethe: Lehmann — Stiftung — zum Preise von 10 Mark pro Quadratmeter und gegen Erstattung der für das Grundstück bereits aufwendenden Straßenausbaufolgen zum Betrage von 9900,80 Mark veräußert wird, und daß die Mittel dazu aus dem für Erziehung und Unterhaltung eines Jugendheims abgeforderten Fonds der Bethe-Lehmann-Stiftung genommen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung hat im Herbst 1911 dem Vorschlage zugestimmt, aus Mitteln der Bethe-Lehmann-Stiftung

### im Süden der Stadt ein Jugendheim

zu errichten. In Ausführung dieses Beschlusses schlägt der Magistrat für das zu errichtende Heim das oben bezeichnete Grundstück vor.

Der Referent Herr Stv. Emmer trägt noch folgendes vor: Das Grundstück für das Jugendheim muß verschiedenen Anforderungen entsprechen. Es muß eine Größe von mindestens 5000 Quadratmetern besitzen, möglichst im Zentrum des Südens gelegen, leicht erreichbar und leicht bemerkbar sein. Diese Anforderungen bedingt das vorgeschlagene Grundstück. Es bietet den großen Vorteil, daß es an eine hiesige mit Hof und Parkanlage ausgestattete Schule angrenzt, so daß die Möglichkeit geboten ist, diese Einrichtungen zu bestimmten Zeiten den Besuchern des Heims zur Verfügung zu stellen.

Was den Kaufpreis betrifft, so wird er auf der einen Seite dem Interresse des Hospitals vollkommen gerecht. Er ist für das nackte Land berechnet, daher sind dem Hospital die für den Ausbau der Ladenbereiche bereits erwachsenen Kosten zu erstatten. Für das Land wirklich der Johannis-Kirchhof hat das Hospital im Jahre 1911 9 Mark pro Quadratmeter von der Stadtgemeinde erhalten. Die durch die fortwährende Entwicklung des Stadtteils bedingte Verfertigung findet in der jetzt gestellten Forderung von 10 Mark pro Quadratmeter angemessenen Ausdruck.

Andererseits ist der Kaufpreis, wenn ihm auch noch die Freilegungskosten und die sehr erheblichen Straßenausbaufolgen ca. 25 000 Mark im Falle des Ausbaues der Zonasstraße und Canaliculstraße hinzutreten, nicht zu hoch. Keinesfalls wird sie zu geringem Preise ein nur annähernd so günstig in bebauter Stadtgegend und doch verhältnismäßig frei gelegenes Grundstück von dritter Hand erwerben können.

8. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zu, daß dem Dürerfunde für seine Befreiung für die Belämpfung der E. S. und L. i. e. t. r. 300 Mark aus XX 11 bewilligt werden. (Ref. Herr Stv. Borg.)

9. Die Verammlung genehmigt, daß an unseren Mittelschulen vom 1. Mai 1912 ab die Stelle einer wissenschaftlichen Lehrerin in eine Zeichenlehrerin umgewandelt und der Zeichenlehrer das Gehalt der technischen Lehrerin bewilligt wird. Dadurch wird eine jährliche Minderausgabe von 450 Mark sich ergeben. Das Gehalt der wissenschaftlichen Lehrerin an den Mittelschulen beträgt anfangs 1800 Mark und steigt bis zu 3140 Mark, während die technische Lehrerin an Gehalt 1440 bis 2090 Mark bezieht.

Zum Schluß wird der Punkt 10, der die Etats des Stadtymnasiums (Ref. Herr Stv. Herzog), der Handwerkerfchule

(Ref. Herr Stv. Dehne), des Elektrizitätswerts (Ref. Herr Stv. Springer), der Straßenbahn (Ref. Herr Stv. Krause) und des Leihamtes (Ref. Herr Stv. Borchert) genehmigt.

Beförderung. Kunze, Major und Bezirksoffizier beim Bezirkskommando Halle a. S. hat den Charakter als Oberstleutnant erhalten.

Der Allgem. Deutsche Schachverein hält am Mittwoch, den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr im Neumarkt-Schachhaus einen Vortragabend ab. Herr Generalleutnant Dr. Kunze wird über „Die Entwicklung der Schach“ (mit zahlreichen Lichtbildern) sprechen. Nach dem Vortrag findet ein Austreten von Schachern aus der Bibliothek des Vereins statt. Am Dienstag, den 27. Febr., wird ein deutscher Ballesternabend veranstaltet.

Die Deutsche Gartenbau-Gesellschaft, Ortsgruppe Halle a. S., läßt zur Generalversammlung auf Freitag, 9. Februar, 8 1/2 Uhr in der „Zuipke“, Alte Promenade, ein.

Das Märchenland führt der Norddeutsche Lloyd seine Gäste auf der Kautausfahrt, die er vom 28. April bis 29. Mai d. J. ab Genoa mit dem Doppelschraubendampfer „Schleswig“ veranstaltet. Dabei an den herrlichen Geländen des südlischen und östlichen Mittelmeeres, geht es nach kurzem, aber inhaltreichem Verweilen in Tunis, Malta, Piräus usw. in das traumhaft schöne Kaulanien. Wer denn nicht an die begehrtesten Worte Wirta Schaffs, dessen Hebräischer Mund immer müde wurde, die wunderbaren Reize des Kralandes und seiner Bewohner, nor allem der Frauen, zu preisen! Mit dem modernsten Hilfsmittel des Verkehrs, dem Auto, werden — wach ein Kontrast — die Stätten alter Pracht und majestätischer Natur Schönheiten durchzogen, und die Teilnehmer durch die wundervollen Bergstraßen in die Orte kaufmännischer Geschäftigkeit geführt, die den Europäer in ihrer Fülle übermäßig. Aber ein Naturrausch ist und Sinn für die feineren Kulte anderer Völker hat, wer einmal abseits von den üblichen Pfaden sich erholen will, der wird auf dieser Reise finden, was er sucht: neue, unerwartete Eindrücke, Genuß und Kräftigung der Nerven. Die Preise sind so bescheiden, daß auch denen, die nicht zu den „oberen Zehntausend“ an Geld und Gut gehören, die Teilnahme ermöglicht ist. Der Norddeutsche Lloyd in Bremen und seine sämtlichen Vertretungen erteilen bereitwillig jede Auskunft und versenden kostenlos ausführliche Prospekte.

### Aus dem Leserkreise.

(Für die Verantwortlichen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keine Verantwortung; für die Richtigkeit auf Grund des 8. Abs. 2 des Bürgergesetzes in vollem Umfange der Sündener verantwortlich.)

### Die Wahlkreis-einteilung.

Man schreibt der „Saale-Zig“:

Zu Ihrem Artikel wegen der Wahlkreis-einteilung bezw. Proportionalwahlen möchte ich höflich folgendes bemerken: Sowohl die früheren als auch die jetzigen Bedenken des „S. Z.“ sind gerechtfertigt. Wenn das ganze Reich ein Wahlkreis wäre, so würde die Anzahl der Parteien ins Unendliche wachsen. Bei der jetzigen Einteilung können jedoch nur wenige Parteien ins Parlament einziehen, welche häufig Aufwands und Uneinigkeit innerhalb einzelner Parteien im Gefolge haben. Beides läßt sich durch eine Wahlkreis-einteilung mit 6 oder 8 Abgeordneten und Unterwahlkreisen, wie zum höchsten Gemeindericht, vermeiden. Es könnten z. B. die Bundesstaaten mit weniger als 200 000 Einwohnern je einen Wahlkreis bilden, die größeren entsprechend geteilt werden, Preußen beispielsweise nach Regierungsbezirken, soweit sie nicht mit einer höheren Einwohnerzahl als 2 000 000 wiederum zu teilen wären. Jeder Wahlkreis wählt je einen Abgeordneten und 200 000 Einwohner, wobei stets noch oben abzurunden wäre. Dies würde jezt ca. 350 Abgeordnete ergeben, und selbst bei schneller Durchfuhr dieses Modus würde infolge des Anwachsens der Bevölkerung die Zahl der Abgeordneten nicht wesentlich vergrößert. Auch würde selbst bei sehr wesentlicher Verchiebung in den einzelnen Landesteilen eine nachträgliche Wahlkreis-einteilung ebensowenig wie Ständewahlen erforderlich sein.

### Provinzialnachrichten.

#### Zur Erweiterung der Sonntagsruhe.

Weimar, 26. Jan. In der Frage der erweiterten Sonntagsruhe sah heute der Gemeinderat folgenden Beschluß:

Prinzipiell wird genehmigt für die Sonntagsruhe im Handelsbezirk, daß höchstens eine Arbeits- und Verkaufszeit von 3 Stunden verbleibt. Wie diese Maximalzeit von 3 Stunden verteilt wird, soll erst in der Sitzung am nächsten Freitag entschieden werden, weil auch heute noch, trotz der wiederholten Besorgnis der Bevölkerung, die Meinungen hierüber noch nicht vollständig geklärt sind. Es hat sich, daß der erste Bürgermeister Dr. Dombart selbst sich sehr energisch für sofortige Annahme des vorliegenden Ortstatut-Entwurfs ins Zeug legte. Er sagte: Im Prinzip sind wir ja alle einig, also schließen Sie doch endlich nun einmal so und genehmigen Sie das Statut; was da noch solche Verhinderung? Aber für die Genehmigung des Statuts im einzelnen war heute dennoch nur eine Minderheit, während die prinzipielle Annahme der erweiterten Sonntagsruhe einstimmig erfolgte, einschließlich aller Stimmen des Ausschusses, der ursprünglich eine Vertragung der ganzen Angelegenheit bis zum Erlaß des erwarteten neuen Reichsgesetzes über die Sonntagsruhe beantragt hatte.

Zebenfalls wird hiernach das neue Ortstatut für Weimar noch bis Diern in Kraft treten.

Electrotechnische Ausstellung 1912 für Haus, Gewerbe und Landwirtschaf.

# Leipzig, 27. Jan. Unser kürzlichen Mitteilung, daß die sachgemäße Halle vollständig besetzt ist, können wir hinzufügen, daß auch die Halle „Die Elektrizität im Haushalt“ so gut wie besetzt ist, so daß nur noch wenig Plätze zu vergeben sind. Wer also für diese Halle noch anmelden will, muß es unverzüglich tun. In dieser Halle soll dem Publikum die Verwendung der Elektrizität im Haushalt gezeigt werden und zwar genau wie

# Degea

ist nur echt in Originalpackung mit Aufschrift „Degea“

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt  
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120130017/fragment/page=0003

Überall erhältlich.  
Auergeellschaft  
Berlin O. 17

DFG

**Autofernfahrt.**

Monaco, 29. Jan. Bei der Autofernfahrt nach Monaco erhielt den ersten Preis der Berliner Wagen des Directors Zentler, der zweite Preis wurde gleichfalls einem Deutschen, nämlich Herrn v. Ehmlich, zugesprochen.

Eine neue Fabrik für Flugapparate. Der Pilot Ludwig Kammerer aus Weida wird eine Fabrik für Flugapparate errichten.

**Letzte Nachrichten.**

**Neue Friedensbemühungen.**

H. T. B. Konstantinopel, 29. Jan. Der russische Vorschlag, eine Verständigung der Signatarmächte zu erzielen, gemeinsam eine Friedensaktion einzuleiten, hat aber bei den Dispositionen der Mächte als vorläufig ausrichtslos beurteilt worden war, ist Petersburgers Informationen zufolge, jetzt wieder aufgenommen worden. Wesentliche praktische Veränderungen hat der Vorschlag nicht herbeigeführt. Die Mächte selbst demselben auch jetzt noch ablehnend gegenüber.

**Ein Zeppelin-Luftschiff in Hamburg.**

Hamburg, 29. Jan. Ueber die Stationierung eines Zeppelin-Luftschiffes in Hamburg scheint nunmehr ein Vertraggesetzt zu sein. Danach wird „L. 3. 11“ im kommenden Sommer drei Monate und im darauf folgenden Sommer fünf Monate in Hamburg bleiben, um von hier aus kleinere und größere Fahrten zu unternehmen.

**Mordprozess.**

Hamburg, 29. Jan. (Privat-Telegramm.) Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts I begann heute ein Mordprozess gegen eine Diebes- und Hehlerei-Bande von 23 Personen, welche im vergangenen Sommer zahlreiche Einbrüche bei hiesigen Juwelieren verübt haben. Die größte Beute fiel den Verurteilten am 16. Oktober in die Hände, bei einem Einbruch bei dem Juwelier August Timm. Sie erbeuteten damals für über 165 000 M. Waren. Die Verhandlung wird mehrere Tage in Anspruch nehmen.

**Mord und Selbstmord.**

Stettin, 29. Jan. In dem kleinen Küstriner Wäldchen bei Kollentischen wurde gestern eine Frau, Frau und Kind erschossen. Die Frau und das Kind waren Schüsse in der Herzgegend auf. Der Mann hatte zwei Schüsse in der Brust. Die Frau stammt aus der Gegend, in der die Tat verübt wurde. Die Familie hatte ihr kleines Vermögen am 16-jährigen Ehemann übergeben. Man nimmt an, daß sie die Tat zur Verzweiflungstat geführt hat.

**Die englischen Kohlenbergwerksarbeiter.**

London, 29. Jan. Zu den Verhandlungen der Kommission der Kohlenbergwerksbesitzer und Arbeiter, welche die Frage des Minimallohns verhandeln, wird offiziell mitgeteilt, daß die Aussichten auf eine baldige Einigung im allgemeinen günstig stehen. Der Einbruch, daß unter den Arbeitern einflußreiche Führer gegen den Streit sind, verstärkt sich.

**Verurteilung.**

Berlin, 29. Jan. (Privat-Telegramm.) Von der höchsten Strafkammer des Landgerichts wurde heute der frühere Gerichtspräsident Hans Müller wegen schwerer Fälschung von Privaturkunden und wegen Betruges zu vier Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrenverlust verurteilt. Der Staatsanwalt hatte fünf Jahre beantragt.

**Rachest.**

Leubers, 29. Jan. Aus Raube darüber, daß der Zahnarzt Dr. Frau keine Wirksamkeit erlangen konnte, wurde er von den Brüdern derleißen durch Dolchstiche in den Unterleib lebensgefährlich verletzt.

**Witterungs-Aussichten.**

**Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.**

Dienststelle Z. I. m. a. n. Montag, den 29. Jan., 8 Uhr morgens.

**Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.**  
Hochdruck erstreckt sich heute vom Sibirois Eurapas bis Island, während die Depressionen in Finnland und im Mittelmeer sich noch verstärken haben. Es herrscht in fast ganz Europa meist trockenes Frostwetter, sogar in England, Fortbauer auch für morgen zu erwarten.

**Witterungsaussicht für den 30. Januar:**  
Fortbauer des meist trockenen, trübten, zeitweise heiteren Frostwetters bei schwacher Luftbewegung.

**Wetterbericht.**

# Schierke im Harz, 29. Jan. 7 Grad R. 20 Jtm. Neuschnee. Heber Sport im Gange. Sonnabend, den 3. Sonntag, den 4. Montag, den 5. Februar 1912 großes Winterportfest in Schierke des Eishockey- und Eisklubs.

**Wetterwarte zu Hamburg.**

(Auf Grund der Depeschen des Kelds-Wetter-Dienstes.)

- 31. Januar: Hagel, Nebel, teils heiter.
- 1. Februar: Wolke mit Gonnemisch, nahe Null.
- 2. Februar: Bewölkt, veränderlich, feucht.
- 3. Februar: Bewölkt, Witterung, teils heiter, milder.

**Leitung: Wilhelm Georg.**

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Witterungsnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinmann; für Ausland und letzte Nachrichten: Karl Reintner; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Neuchwanger; für den Internatenteil: Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 8 Seiten — einschließlich Unterhaltungsbeilage.

l. St. in Handbels, alles im Betriebe. Es werden also nicht bloß elektrische Lampen, Heizapparate, Kocher, Waschapparate usw. vorgeführt, sondern richtig gebaute Wohnungen, mit allem was dazu gehört, als Speisezimmer mit schön gedecktem Tisch, Kinderpielzimmer mit elektr. Christbaum, Akkumulatoren und Motoren, elektr. Eisenbahnen und alles, was eines Kindes Herz erfreut; Haushaltungsmaschinen usw., damit das Publikum den Eindruck gewinnen möge, daß mit der Elektrizität heute beinahe alles gemacht werden kann und daß die Elektrizität im Haushalt eigentlich überhandpat gar nicht entbehrt werden kann.

**Seine Muspierung in den südschlesischen Häbereien.**

Leipzig, 29. Jan. Infolge Lohnsteigerungen in der großen Häberei U. D. in Gera war eine Gesamtmuspierung innerhalb der Konvention südschlesischer Häbereien für morgen, Dienstag, in Aussicht genommen. Wie von zehnjähriger Seite mitgeteilt wird, haben nun heute morgen die in Gera ausständigen Häber die Arbeit wieder aufgenommen. Infolgedessen wird die angeordnete Gesamtmuspierung hinfällig.

Könner, 27. Jan. (Bei der Verpachtung der Jagd) hiesiger Stadtschloß hiesigen Meistbietender im ersten Bezirk (286 Hektar) die Jagdrechtlicher Holzlage und Leinwälder mit 675 Mt., im zweiten Bezirk (280 Hektar) der Amtsgerichtsbezirk Dr. Meyer mit 710 Mt., im dritten Bezirk (415 Hektar) und im vierten Bezirk (377 Hektar) der Rittergutsbesitzer Vongentz mit 1040 Mt. und im fünften Bezirk (217 Hektar) Walzfabrikdirektor Wd. Thormöhl mit 630 Mt. Der Zuschlag wird in allen Bezirken sofort erteilt. Der bisherige Pachtpreis betrug in allen fünf Bezirken 2700 Mt.

Torgau, 29. Jan. (Dem königlichen Justizdirektor) am hiesigen Gymnasium Otto Schröder wurde vom Kultusminister der Charakter als Professor verliehen.

Siegersberg, 27. Jan. (Der neue Bürgermeister.) An Stelle des verstorbenen Bürgermeisters Garing wurde Dr. Schmidt aus Döberleben zum hiesigen Bürgermeister gewählt.

Themar, 29. Jan. (Modellausstellung.) Der Schlitten des siebenjährigen Sohnes des Brauers Liebig hier überlagert sich beim Herabfahren auf dem steilen Weg nach dem Jtzenberg. Der Knabe stieg so heftig gegen eine kleinere Säule, daß er schwere innere Verletzungen davontrug, denen er gestern erliegen ist. Ein anderer Junge kam unbeschädigt davon.

Gerleshausen, 28. Jan. (Tragischer Abschluß einer Kaiser-Geburtsstagsfeier.) Auf dem Heimwege von der Kaiser-Geburtsstagsfeier im Eisenbahnhause verirrte sich nachts der Bahnwärter Biernau aus Neustadt. Er kam vom Wege ab und fiel in die Werra. Bis jetzt konnte die Leiche noch nicht geborgen werden.

Stadtilm, 29. Jan. (Gemeine Drohbriefe.) Dem Fleischermeister Rudolf Ragis, dem vor vier Wochen durch Einbruch 1200 Mark entwendet worden sind, ging dieser Tage eine Postkarte zu, auf der er und die Fleischerinnung vor weiteren Schritten (Ausweisung von Befahrung usw.) gewarnt und mit Brandfährdung bedroht wurden. Die Karte ist dem Staatsanwalt in Raasdorf übergeben worden.

Neustadt a. D., 26. Jan. (Eine erregte Szene) gab es gestern vor dem Bezirksausgang in Triptis, als derselbe über das Konfessionsloch von Karl Wildt, dem hier verhandelte. Es handelte sich um das Café „Sanssouci“ hier selbst, das wegen unflätiger Anrede polizeilich überwandt und im November v. J. geschlossen werden mußte. Der Inhaber dieses Lokals mit Kellnerinnenbedienung, Wildt, ist, wie oben kuppelt bestraft worden.

Röhren, 29. Jan. (Wahnsinnig.) Die Arbeiten zum Umbau der hiesigen Bahnhofs werden jetzt, nachdem die Vorarbeiten, Grundstücksankauf und Abfindungen der Grundeigentümer beendet sind, energig in Angriff genommen. In dieser Woche wird mit dem Abbruch einer Anzahl von Gebäuden begonnen, die der projektierten Einleitung im Wege stehen. Dann wird zunächst der Ausbau der im Norden der Stadt gelegenen Einleitungsstelle in Angriff genommen. Hier ist eine ganz bedeutende Verbreiterung des gegenwärtigen Magdeburger Geleises erforderlich, da auf diesem in Zukunft alle aus dieser Richtung kommenden Züge (Dessau und Alten) in den neuen Zentralbahnhof einlaufen werden. Dies bedingt auch die Verlegung eines Teiles der Dessauer Kreisstraße, die jetzt hinter den hohen Toren eine Straße neben dem Bahngleise verläuft. Um das hierzu erforderliche Terrain zu gewinnen, mußte ein Streifen vom Gleisbeleg abgeholt werden. Sobald es die Witterung gestattet, sollen die Ausschüttungen am Bahndamm und an der Straße beginnen. Die letztere Arbeit dürfte sich dadurch etwas schwierig gestalten, daß lumpiger Untergrund zu beiseitigen ist. Die Verbreiterungen der Brücken und Durchlässe in diesem Teile des Bahndammes sind zum Teil schon beendet. Auch im Süden des Bahnhofs sind die Umbauten bereits in Angriff genommen worden. Hier soll der große Güterbahnhof entstehen, der bestimmt ist, die Bahnhöfe in Halle und Magdeburg zu entlasten.

Gienau, 29. Jan. (Die Bohrungen nach Kali.) Die seitens der Gesehenschaft „Thron“ in Hannover im Jtzenberg zu Unterwiesfeld bei einem Jahre vorgenommen werden, sind jetzt fast vollständig verlassen. Da kein Kali gefunden wurde, sind die Bohrungen jetzt eingestellt worden. Es wird allgemein behauptet, daß sich hier kein Kalilager auf dem Gelände befindet.

Gera, 27. Jan. (Einwöhnung einer Brücke.) Heute vormittag fand die feierliche Einweihung der mit einem Kostenaufwand von 250 000 Mark erbauten Eisenbahnbrücke statt.

Leipzig, 27. Jan. (Doppelselftmord.) Heute früh hat sich im benachbarten Engelsdorf ein vor einigen Tagen aus Hamburg angekommener und hier zu Besuch weilendes Liebespaar, der 20jährige Kadetzer Max Ruder und das 24jährige Pianistin Johanna Schier erschossen. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß das Paar wegen einer unheilbaren Krankheit des jungen Mannes den Tod gesucht hat.

**Vermischtes.**

**Vom begnadigten Musketier Hoppe.**

Bremen, 28. Januar 1912.  
Vor wenigen Tagen hat der Kaiser auf Bitten einer künftigen Dame den vom Kriegserfolg in 17. Division in Bremen am 1. Dezember vor. Jahres wegen Selbstverwundung zu 1 Jahr Gefängnis und Verweisung in die 2. Klasse des Soldatenstandes verurteilten Musketier August Hoppe der 6. Kompagnie des Infanterie-Regiments Bremen begnadigt.

Der Fall hat allgemeines Aufsehen erregt, da die Selbstverwundung bekanntlich gefahrlieh, weil Hoppe angeblich keinen andern Ausweg sah, um seine geliebte Mutter und Großmutter zu unterstützen zu können. Mit Rücksicht darauf, daß in der Presse Hoppes Tat vielfach als ein Akt der Verzweiflung und der rührendsten Kindesliebe hingestellt

worden ist, was zu allerlei Schläffen führen könnte, über die Beachtung, die kriegerische Entscheidung bei den vorgelegten Behörden zu finden pflegen, lesen sich die „Bremer Nachrichten“ veranlaßt, folgenden von ihnen angefertigten Ermittlungen zur Gache Raum zu geben, die die Angelegenheit in einem etwas anderen Lichte erscheinen lassen. Danach ist der begnadigte und inzwischen aus der Strafkammer in seine Heimat entlassene Musketier Hoppe unehelich geboren. Seine Großmutter hielt er infolge des Umstandes, daß er hierüber im unklaren geblieben war, für seine Mutter und seine Mutter für seine Schwester. Beim Oberlandesgericht im Jahre 1911 wurde Hoppe zur Infanterie ausgeschieden, nachdem er in den beiden vorhergehenden Jahren zurückgestellt worden.

Hoppe wollte gern Soldat werden, und um ihm diese Freude nicht zu kürzen, wurde seine Mutter nicht bei den Erziehungsbehörden um Freisetzung ihres Sohnes vom Militärdienst vorstellig. Das Befreiungsgeld wurde unbedingt befristet worden. Hoppe wurde am 12. Oktober v. J. beim Regiment Nr. 75 eingeeilt. Wieder seinem Korporalschaftsführer, Feldwebel nach Hauptmann meldete er, daß er der Ernährer seiner Mutter und Großmutter sei. Hätte er dies getan, dann wäre es noch ein Verdächtig gewesen, seine Befreiung zu erwirken, da derartig begründeten Gelüden niemals der Erfolg verweigert wird. Statt dessen schritt Hoppe sich am Abend des 16. Oktobers, also vier Tage nach seiner Einstellung — die obere Hälfte der linken Schenkel mit einem Messer, er sei auf dem Hofe von einem Unbekannten überfallen worden, der ihm im Streite die Ohrmuschel abgeschritten habe. Erst als ihm das Unwahrscheinliche seiner Angaben vorgehalten wurde und das abgezeichnete Etid der Ohrmuschel und das benutzte Messer gefunden worden waren, gab Hoppe zu, sich die Verletzungen selbst beigebracht zu haben, in der Absicht, dadurch erreicht zu haben, daß er vom Militärdienst befreit würde. Die Tat des Hoppe ist daher keineswegs als eine heroische zu bezeichnen, da sowohl ihm wie seinen Angehörigen genügend andere Wege offen standen, um das zu erreichen, was Hoppe durch Selbstverwundung erreicht hat. Die Militärbehörde selbst konnte in den vier Tagen, die Hoppe Soldat war, unmöglich Einblick in die Familienverhältnisse gewinnen.

Hoppe wurde dann am 1. Dezember 1911 vom Kriegserfolg zu der gefälligst zulässigen Mindeststrafe von einem Jahr Gefängnis verurteilt. Daneben mußte auf Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes erkannt werden, weil das Gesetz dies ausdrücklich vorschreibt. Ehrenhaft und eines Mannes würdig hätte Hoppe gehandelt, wenn er seinen Vorgelegten Mitteilung von der Lage seiner Angehörigen gemacht hätte. Daß die Strafe hart ist, hat auch das Kriegsgericht eingesehen und den Verurteilten der Gnade des obersten Kriegsherrn empfohlen. Das Gnadengehalt hat Erfolg gehabt, denn der Kaiser hat die Strafe auf 4 Monate Gefängnis unter Anrechnung der gesamten Unterfuchungschaft herabgesetzt und dem Hoppe die Ehrenstrafe der Verweisung in die 2. Klasse des Soldatenstandes erlassen.

Auslassung auf einen Deutschen. Der aus Oberrad bei Frankfurt a. M. gehörige Direktor der Kaiser-Wald-Schreibmaschinen-Gesellschaft Konrad Zimmer wurde in seinem Bureau in der Rue Vivienne, nahe der Börse, von einem früheren Angestellten namens Marcel Barbau zu verfallen. Der Verbrechen verlegte Zimmer hinterlässt mehrere Schläge mit einem Schloßhammer auf den Kopf. Es gelang jedoch dem Ueberfallenen, sich von seinem Angreifer loszureißen, worauf dieser floh. Auf der Straße konnte der Täter eingeholt und verhaftet werden. Die Verletzungen Zimmers sind sehr schwer.

Aus der guten alten Zeit. (Eine originelle Rechnung.) Bei der Restaurierung des Kirchenarchivs einer alten Kathedrale in Finnland entdeckte man unter andern Papieren eine sehr originelle Rechnung, die augenblicklich von dem Meister ausgeschrieben worden war, der die Kathedrale im Jahre 1618 restauriert hatte. Unter andern finden sich auf dieser Rechnung folgende Posten: Die zehn Gebote selber ist die Bezahlung mit Titus übergeben 2 Kr. Den Pontius Pilatus aufgeführt und seine Nähe mit neuem Belz eingestift 1 Kr. Den Himmel verzögert und einige Sterne hinzugefügt 3 Kr. Das Südensper verbeßert und dem Teufel ein graulicheres Gesicht gemalt 5 Kr. Die 30 Silberlinge des Judas verlor 1 Kr. Das Gebirg der Welt verlängert, weil es zu kurz war 3 Kr. Das Rote Meer vom Fingerring abgetrennt 3 Kr.

**Sport-Nachrichten.**

**Winterfest in Braunlage.**

Es hatte bereits am Sonnabend ordentlich geschneit. Und im Laufe des Sonntags gingen immer noch Schneeböden nieder. Die Folge war eine gute Rodelbahn, auf der auch befriedigende Zeiten erzielt wurden. Auf der ca. 1500 Meter langen Bahn wurden je ein Herren- und Damen-Einiger-Rodeln, ein Einiger-Kentler- und ein Zweifler-Kentlerrennen abgehalten. Die Resultate waren: Herren-Einiger-Rodeln: 1. Rudolf Juchs-Braunlage 2:44, 2. Johann Rosenbusch-Braunlage 3:12, 3. Willy Buds-Braunlage 3:44. Damen-Einiger-Rodeln: 1. Frä. G. Gebhardt-Braunlage 3:58, 2. Frä. Wessel-Braunlage 4:02, 3. Frau Dr. Köpfer 4:13. — Einiger-Kentler: 1. Dornburg 1:58, 2. Johann Rosenbusch-Braunlage 2:17, 3. Rodel 2:32. — Zweifler-Kentler: 1. Schag-Homburg und Müßig-Braunlage 2:08, 2. Herr und Frau Koppel 2:17, 3. Rosenbusch-Bogel 2:32.

**Eisleton-Rennen in Schierke.**

Auf der Kurbauesrodelbahn in Schierke fanden am Sonntag nachm. Eisletonrennen statt, an denen sich der größte Teil Kurgleiter beteiligten. Der Lauf war sehr gut, die Bahn infolge des Neuschnees befriedigend. Als Sieger erwies sich der bekannte Bob- und Eisletonfahrer S. Zenghst, Hannover, der für den ersten Lauf auf der 350 Meter langen Bahn 31% Sekunden, für den zweiten 30% Sek. benötigte, auf 1 Min. 01% Sek. Zweiter wurde Student Schwarz-Leipzig in 34% und 34% Sek., zusammen 1 Min. 06% Sek. Am 3. bis 4. Februar wird in Schierke auf dem Eislauf des Kurbaues ein sehr interessantes Eishockey-Match ausgetragen werden. Dieran beteiligt sich der F.-K. „Breußen“ Berlin, sowie entmelter der Ad. Sportklub Leipzig oder der Berl. Sportklub, denen die Schierke Eislände nicht unbenannt ist. Der Deutsche Hockey-Klub Hannover, der anfangs für das Match mit in Betracht kam, ist wegen seines Spiels in Wilsfel am 4. Februar verhindert. Wie weiter verläuft, wird vielleicht der Eislaufverein Hannover eine Reigen-, Einzel- und Paarlauf-Mannschaft nach Schierke senden; die Verhandlungen sind noch im Gange.

**Winterfest in Dreilinden-Höhe.**

In Dreilinden-Höhe ist das Winterfest auf den 4. Februar verschoben worden, weil am Freitag die Schneelage zu gering war und der Schneefall erst am Sonnabend und Sonntag einsetzte.



